

Friedensoperationen: Wirksamkeit und Erfolgsbedingungen

Ein Blick auf den Stand der Forschung

Peter Rudolf

Am 16. Juni 2015 legte das High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations seinen Bericht vor. Das Gremium war im Oktober 2014 eingesetzt worden, um die Friedensmissionen der Vereinten Nationen einer umfassenden Prüfung zu unterziehen. Der nun veröffentlichte Report lässt sich als Appell lesen, die Kluft zwischen den hohen Erwartungen an Friedensoperationen und ihrem tatsächlichen Leistungsvermögen zu verringern. Diese Kluft, so die Sorge der Autoren, drohe künftig noch zu wachsen – in einer Zeit, in der VN-Kräfte vielfach an noch unbefriedete Konfliktorte entsandt würden, fast 40 Missionen mit 128 000 Angehörigen die Handlungsfähigkeit der VN strapazierten und die politische Unterstützung oft gering sei. In dem Bericht geht es eher um institutionelle und operative Folgerungen, nicht jedoch um eine Bilanz bisheriger Friedensoperationen. Was aber können solche Missionen überhaupt leisten, was haben sie erbracht, und wo liegen ihre Grenzen? Ein Blick auf die Erträge der einschlägigen empirischen Forschung liefert hier Antworten. Verglichen mit dem oft negativen Medientenor zu einzelnen Operationen fallen die Ergebnisse insgesamt durchaus positiv aus, wenn man die Erwartungen nicht zu hoch hängt.

Friedensoperationen der VN finden unter sehr unterschiedlichen Bedingungen statt. Im Wesentlichen lassen sich vier Szenarien unterscheiden (Tierney 2014; Tardy 2011). Erstens geht es um die Entsendung von friedenserhaltenden Kräften bereits vor einem möglichen Ausbruch von Gewalt, wie es etwa bei UNPREDEP in Mazedonien der Fall war. Ein zweites Szenario stellen sogenannte »peacemaking«-Missionen dar, also die Entsendung von Streitkräften unter Kapitel VII der VN-Charta, um in einer Gewalt-

situation Frieden zu schaffen (ein Beispiel ist ONUB in Burundi). Drittens gibt es Situationen, in denen friedenssichernde Kräfte nach Abschluss eines Waffenstillstands aktiv werden (etwa UNMOT in Tadschikistan). Und viertens ist der Fall möglich, dass Peacekeeper zum Einsatz kommen, nachdem ein umfassendes Friedensabkommen vereinbart wurde, wie es beispielsweise bei UNAMIR in Ruanda geschah.

Differenziert werden muss zwischen Friedens- (bzw. friedensbewahrenden) Ope-

rationen *mit* Zustimmung des Staates, in dem diese Art von Intervention erfolgt, und friedensdurchsetzenden Missionen *ohne* eine solche Zustimmung. Bei klassischen friedenserhaltenden Operationen darf Gewalt nur zur Selbstverteidigung eingesetzt werden, in »robusten« Missionen wiederum auch dann, wenn bestimmte Kräfte den Frieden gefährden oder Zivilisten bedrohen. Friedensoperationen haben – beginnend mit Sierra Leone 1999 – häufig das explizite Mandat, Zivilisten zu schützen (Hultman 2013). Dabei unterscheiden sich die Einsätze, die unter den weiten Begriff von Friedensoperationen fallen, nicht nur im Mandat, sondern auch in der personellen Ausstattung. Vielfach beschränken sie sich nicht auf militärisches Peacekeeping, sondern haben multidimensionalen Charakter. Sie verbinden dann militärische und zivile Elemente und zielen auf die Konsolidierung des Friedens nach Bürgerkriegen, orientiert am Paradigma des »liberal peacebuilding«, einer Mischung aus demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen, dem Ausbau von »good governance« und Reform des Sicherheitssektors (Hartzell 2014).

Gewaltminderung in einem bewaffneten Konflikt

Nicht immer wird diese Diversität in den empirischen Analysen reflektiert, die vielfach »quantitativ« ausgerichtet sind und Korrelationen zwischen einzelnen Faktoren zu bestimmen suchen. So kommt eine Untersuchung von Friedenmissionen in Afrika seit Ende des Kalten Krieges zu dem Ergebnis, dass sich eine Korrelation zwischen zunehmender Stärke von Friedensstruppen und abnehmender Gewalt feststellen lässt (Hultman/Kathman/Shannon 2014). Auch wenn die Entsendung von Peacekeepern in noch »aktive« Konflikte die gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht beendet, so der Tenor der Studie, können derartige Interventionen insofern effektiv sein, als sie die Zahl der Getöteten verringern. Dazu müssen Friedenstruppen nicht unbedingt kämpfen. Allein ihre Anwesen-

heit, so das Argument, kann das Ausmaß der Gewalt verringern. Gewaltreduzierend können sie in mehrfacher Hinsicht wirken: durch eine Trennung der Kombattanten, durch deren Demobilisierung, durch Wahrnehmung von Polizeifunktionen hinter der Frontlinie und nicht zuletzt durch Abmilderung des Sicherheitsdilemmas zwischen den Konfliktparteien. Peacekeeping-Missionen – so eine andere quantitative Studie – reduzieren tendenziell das Risiko massenhafter Tötungen von Zivilisten, wie sie vor allem im Kontext von Bürgerkriegen vorkommen. Dies gilt ungeachtet einiger Fälle wie Ruanda und Bosnien-Herzegowina, in denen die Präsenz von Peacekeepern keinen präventiven Effekt hatte (Melander 2009).

Dass die Anwesenheit von Peacekeeping-Kräften die Gewalt gegen Zivilisten verringern kann, ist auch das Ergebnis einer quantitativen Studie, die die Auswirkungen von Peacekeeping auf den Schutz von Zivilisten während Bürgerkriegen im Zeitraum 1989–2006 untersucht. Voraussetzung ist jedoch, dass die Kräfte angemessen ausgestattet und in ausreichender Stärke entsandt werden. Schickt man Friedenstruppen ohne Mandat für den Schutz der Bevölkerung in Konflikte, die noch im Gange sind, muss unter Umständen damit gerechnet werden, dass sich die Gewalt gegen Zivilisten sogar verschärft. Möglicherweise wollen Rebellen vor einem Waffenstillstand noch territoriale Gewinne erzielen und gehen zu diesem Zweck gewaltsam gegen die Zivilbevölkerung vor (Hultman 2010). Insofern ist zu bedenken, dass eine gut gemeinte Intervention auch negative Nebenwirkungen haben kann.

Dass die zu erwartende Zahl an zivilen Opfern sich enorm verringert, wenn der Umfang der militärischen und polizeilichen Peacekeeping-Einheiten verstärkt wird, ist das Ergebnis einer Untersuchung zu innerstaatlichen bewaffneten Konflikten im subsaharischen Afrika von 1991 bis 2008. Fälle, bei denen es Peacekeeping gab, wurden mit ähnlich gelagerten Beispielen ohne Peacekeeping verglichen (Hultman/Kathman/Shannon 2013). Diese Studie ist

nicht ohne Widerspruch geblieben. Bei einem genaueren Blick auf die einzelnen Fälle und die zeitliche Abfolge werde deutlich, so die Kritik, dass die Friedenstruppen meistens erst ankamen, als die Gewalt bereits abgenommen hatte (Kocher 2014; Replik: Hultman/Kathman/Shannon o.J.). Und ein generelles Caveat ist hinzuzufügen: Daten über die Zahl Getöteter in Bürgerkriegen sind mit beträchtlicher Unsicherheit behaftet. Das beeinträchtigt natürlich die Aussagekraft der genannten Studien (Seybolt 2013).

Verhinderung neuer Gewaltausbrüche

In der Forschung ist strittig, ob die Zusage der VN, Friedenstruppen zu entsenden, die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Konfliktparteien in einem Bürgerkrieg eine Friedensvereinbarung eingehen. Es gibt zwei Antworten dazu. Die eine lautet: Das Wirkungsverhältnis ist umgekehrt – schließen die Konfliktparteien ein Abkommen, dann erhöht sich die Bereitschaft der VN, Friedenstruppen zu entsenden. Die andere Antwort lautet: Die Bereitschaft, Peacekeeper zu schicken, lässt die Wahrscheinlichkeit steigen, dass die Bürgerkriegsparteien zu einem Friedensschluss kommen. In der Praxis fallen der VN-Beschluss zur Entsendung von Friedenskräften und die Einigung auf ein Friedensabkommen meist zeitlich zusammen. Oftmals ist eine VN-Friedensmission integraler Bestandteil der Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien, wie dies etwa in Kambodscha, Guatemala und Sudan der Fall war. Methodisch ist es daher schwierig, die kausale Beziehung zwischen in Aussicht gestellten Friedenstruppen und der Bereitschaft zu einem Friedensabkommen zu bestimmen (Tierney 2014).

Weitestgehend unstrittig ist dagegen: Die Anwesenheit von Friedenstruppen nach einem Waffenstillstand verringert die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürgerkrieg aufs Neue ausbricht (Fortna/Howard 2008; Mason et al. 2011). Und es sind keineswegs die »leichten« Fälle, in denen Friedenstrup-

pen entsandt werden – Konflikte also, bei denen die Parteien ohnehin sehr stark an der Vermeidung erneuter Gewalt interessiert sind. So kommt die bislang umfassendste Untersuchung, die eine quantitative Analyse mit vergleichenden Fallstudien verbindet, zu folgenden Ergebnissen (Fortna 2008): Erstens werden Friedenstruppen tendenziell eher in schwierige Situationen geschickt, in denen die Gefahr eines erneuten Bürgerkriegs hoch ist. Das betrifft Konstellationen, in denen es keinen eindeutigen Sieger gibt und das Misstrauen zwischen den Kriegsparteien hoch ist. Zweitens senkt die Anwesenheit von Friedenstruppen das Risiko eines abermaligen Kriegeausbruchs beträchtlich (gemessen im Zeitraum von fünf Jahren). In den wenigen untersuchten Fällen – Kroatien, Haiti, Osttimor, Tadschikistan –, in denen die Friedenstruppen das Land schon verlassen hatten, war das Kriegsrisiko noch deutlicher reduziert. Statistisch gesehen am wirkungsvollsten sind dieser Untersuchung zufolge multidimensionale Friedensmissionen, die militärische und zivile Elemente verbinden.

Friedensoperationen können also einen wirkungsvollen Beitrag dazu leisten, dass ein erneuter militärischer Konfliktaustrag verhindert wird. Aber wie funktioniert das? Über die Kausalmechanismen lässt sich nur spekulieren, aber vier lassen sich plausibel machen. Erstens: Peacekeeping erhöht die Kosten erneuter Gewalt für die Kontrahenten und den Nutzen, den sie aus der Bewahrung des Friedens ziehen. Sind Friedenstruppen anwesend, macht dies Überraschungsangriffe schwieriger; zudem muss unter Umständen mit einem verstärkten internationalen Engagement gerechnet werden, das heißt einer Mission, die friedensdurchsetzenden Charakter hat. Gleichzeitig profitieren die Konfliktparteien von der Bewahrung des Friedens, denn die internationalen Missionen sind meist auch mit Hilfgeldern für die Demobilisierung und Eingliederung der Kämpfer und für den Wiederaufbau verbunden. Zweitens: Friedensmissionen verringern das Sicherheitsdilemma zwischen den Konfliktparteien

und das damit einhergehende Misstrauen. Drittens: Die Anwesenheit von Friedenstruppen trägt dazu bei, dass vereinzelte Zwischenfälle nicht in eine Gewalteskalation münden. Viertens: Friedenstruppen können Konfliktparteien davon abschrecken oder daran hindern, politische Kompromisse aufzukündigen und die andere Seite von Machtteilungsarrangements auszuschließen (Fortna 2008: 76–103).

Natürlich bleibt die Frage: War es wirklich das Peacekeeping, das einen positiven Effekt im Sinne des anhaltenden Friedens hatte, oder waren dafür andere Faktoren entscheidend? Was wäre ohne Peacekeeping geschehen? Da die VN ihre Missionen nicht nach dem Zufallsprinzip »verteilt«, entstehen hier enorme methodische Probleme für jede quantitative Analyse. Eine Untersuchung, deren Methodik diesem Problem gerecht zu werden versucht, kommt zu dem Ergebnis: Intervenieren die VN nach einem Waffenstillstand, ist dies ursächlich für eine Verlängerung der Friedensdauer. Nicht der Fall ist das jedoch dann, wenn in einen laufenden gewaltsamen Konflikt eingegriffen wird (Gilligan/Sergenti 2008).

Ausgestaltung und Ausstattung von Friedensmissionen haben auch Auswirkungen auf die Dauer des Friedens nach einem Bürgerkrieg. So kommen die Autoren einer quantitativen Untersuchung zur Friedensdauer nach allen Bürgerkriegen in Afrika zwischen 1989 und 2010 zu der Schlussfolgerung: Wer die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden erhöhen will, sollte bewaffnete Friedenstruppen in ausreichend großer Zahl entsenden; die Zahl von Polizeikräften und Beobachtern zu erhöhen hat nach aller Wahrscheinlichkeit nicht diese positive Wirkung (Hultman/Kathman/Shannon 2015).

Dass Peacekeeping dem erneuten Ausbruch eines Bürgerkriegs entgegenwirken kann, ist eine Sache. Doch ein anhaltender Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien bedeutet keineswegs, dass in der Nachkriegsphase Gewaltakte gegen die Bevölkerung enden. Zivilisten werden vielfach

auch jetzt noch Opfer gezielter Gewalt. Mit einem Waffenstillstand ist der Kampf um die Macht ja nicht vorüber, zumal das Sicherheitsdilemma bleibt. Vielleicht suchen die Konfliktparteien die politische Kontrolle in dem von ihnen beanspruchten Territorium zu sichern, vielleicht wollen sie politische Aktivisten der anderen Seite ausschalten oder mit Blick auf anstehende Wahlen die Bevölkerung einschüchtern. Vielleicht kämpfen unterschiedliche Parteien eines Lagers um die Vorherrschaft oder den Zugang zu Pfründen.

Können Peacekeeping-Missionen die Gewalt gegen Zivilisten in der prekären Nachkriegsphase mindern? Ja, wenn die militärischen Kräfte ausreichend bewaffnet und in beträchtlicher Zahl präsent sind, so eine Studie, die den Zusammenhang zwischen VN-Peacekeeping und zivilen Opfern in Afrika zwischen 1992 und 2010 untersucht. Bei reinen Beobachtermissionen lässt sich dagegen eine Korrelation zwischen der größeren Zahl an Peacekeepern und höheren Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung feststellen. Für die Autoren folgt aus diesem Befund: nicht zögernd und zaudernd Beobachter entsenden, sondern gut bewaffnete Truppen.

Offenbar – so lässt sich spekulieren – ist die Entsendung bloßer Militärbeobachter sogar eher kontraproduktiv, wenn nach einem Bürgerkrieg die Zahl ziviler Opfer verringert werden soll. Sei es, weil Beobachtermissionen von den Konfliktparteien womöglich als Indiz dafür betrachtet werden, dass die VN vor einem robusten Peacekeeping zurückscheuen; sei es, weil bestimmte Gruppen, die mit dem ausgehandelten Status quo unzufrieden sind, destabilisierend agieren, um die VN so zögern zu lassen, Truppen in eine nicht ungefährliche Umgebung zu schicken (Kathman/Reed 2014).

Probleme und Grenzen

Es gibt also einiges an Evidenz dafür, dass Friedensmissionen ein geeignetes Mittel im Sinne von Gewaltprävention und Gewaltminderung sein können. Ein Allheilmittel sind sie jedoch nicht. Umstritten ist, ob Friedensmissionen vielleicht nur kurzfristig zu einem Schweigen der Waffen beitragen, aber die Anreize für eine dauerhafte politische Lösung unter Umständen eher untergraben, gerade weil der Konflikt in seiner Intensität eingedämmt bleibt. Das sogenannte »Peacekeeping-Peacemaking-Dilemma« ist nicht von der Hand zu weisen (Greig/Diehl 2005 und 2012). Zwei theoretische Argumente werden für die Existenz eines solchen Dilemmas angeführt. Zum einen lässt sich Krieg als ein Verfahren verstehen, in dem die Konfliktparteien die Fähigkeiten und die Entschlossenheit der jeweils anderen Seite ausloten. Peacekeeping unterbricht gewissermaßen diesen Mechanismus der Informationsgewinnung, wenn es zu einem Waffenstillstand kommt, ohne dass klar wird, welche Partei auf dem Weg zum Sieg ist. Zum anderen könne Peacekeeping die »Reifung« eines Konflikts verhindern, also das Entstehen eines wechselseitig kostspieligen Patts, das – diese Annahme ist nicht unstrittig – die Voraussetzung eines Friedensabkommens ist. Ein solcher Effekt scheint bei innerstaatlichen Konflikten zwar geringer ausgeprägt zu sein als bei zwischenstaatlichen (zu nennen wären die VN-Friedensmissionen in Zypern und auf dem Golan). Doch zu frühe Einwirkungsversuche können – damit muss gerechnet werden – die Aussichten auf eine dauerhafte politische Regelung im Sinne eines Machtteilungsarrangements eher verringern als erhöhen.

Kontrovers ist, ob UN-Friedensoperationen mit Fortschritten hin zu einer demokratischen Entwicklung korrelieren und diese dann zu einem dauerhaften Frieden führen (Joshi 2013; Doyle/Sambanis 2006; Bueono de Mesquita/Downs 2006). Die unterschiedlichen Ergebnisse in diesem Kontext hängen sicher auch damit zusammen, wie Friedensmissionen operationali-

siert wurden und auf welchen Zeitraum sich die jeweilige Untersuchung bezieht. Eine neuere Studie behandelt nur Friedensmissionen seit 1989, die laut Mandat ausdrücklich das Ziel der Demokratisierung eines von Bürgerkrieg geplagten Landes zum Ziel hatten. Nach dieser Definition wurden 31 Friedens(aufbau)missionen in die Untersuchung aufgenommen, wobei der Datensatz insgesamt 103 Nach-Bürgerkriegs-Länder umfasste. Die Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie wurden anhand der Bewertung von Freedom House gemessen und mit Daten des Polity-IV-Projekts auf ihre Robustheit überprüft (zwei nicht unstrittige, aber häufig verwendete Indizes zur Messung von Demokratie, die unterschiedliche Faktoren gewichten). Am erfolgreichsten war Demokratisierung demnach in Liberia, Kroatien und Mosambik. Was sich so feststellen lässt, ist nur, dass es eine positive Beziehung zwischen UN-Friedensmissionen und Demokratisierung gibt. Das sagt jedoch nichts über eine Kausalität aus. Und natürlich gibt es auch Fälle, in denen die Demokratieförderung negative Auswirkungen hatte und Wahlen zum erneuten Ausbruch von Gewalt führten, wie im Kongo und in Angola (Steinert/Grimm 2014).

Die Erfahrungen mit Friedensaufbau-Missionen sind insgesamt ernüchternd. Unter den 19 bedeutenderen VN-Missionen dieser Art nach 1989 führten nur zwei zu liberalen Demokratien (nach den Kriterien von Freedom House), nämlich in Namibia und Kroatien. Legt man das weniger anspruchsvolle Kriterium einer »electoral democracy« an, sind es immerhin neun. Die geringe Chance, über Friedenskonsolidierung auch eine funktionierende liberale Demokratie aufzubauen, hängt nicht mit Umfang und Ausstattung der jeweiligen Friedensmission zusammen, sondern vielmehr mit den Einflussmöglichkeiten bei lokalen Eliten. Sind diese stark von externen Akteuren abhängig, etwa um das Ziel einer Sezession zu erreichen, oder hängen sie finanziell am Tropf des Auslands, ist die Chance höher. Fehlen starke Druckmittel oder sehen Eliten durch eine Demokratisie-

rung ihre Interessen und ihre Position gefährdet, ist wenig zu erreichen (Zürcher et al. 2013).

Fazit und Folgerungen

Zur dauerhaften Befriedung gewalttätiger Gesellschaften bedarf es politisch-institutioneller Regelungen. Territoriale und militärische Machtteilung haben dabei tendenziell größere Erfolgsaussichten als Arrangements auf politischer Ebene (Martin 2013). Machtteilung plus Friedenstruppen kann eine wichtige Rolle spielen, als Kombination aber auch erfolglos bleiben, wie der Fall Südsudan zeigt (Bormann 2014). Fehlschläge in einzelnen Fällen ändern jedoch nichts am Gesamtbild. Friedensoperationen, das heißt vor allem die Entsendung von Friedenstruppen, können in vielen Fällen gewaltmindernd und gewaltverhindernd wirken: gewaltmindernd, wenn Friedenstruppen in noch »heiße« Konflikte entsandt werden; gewaltverhindernd, insofern die Anwesenheit angemessen ausgestatteter und in ausreichender Stärke entsandter Friedenstruppen das Risiko reduzieren kann, dass es zur massenhaften Tötung von Zivilisten kommt; gewaltverhindernd auch, insofern sich das Risiko verringert, dass nach einer Verhandlungslösung später erneut ein Bürgerkrieg ausbricht.

Das gewaltmindernde Potential wurde jedoch vielfach nicht ausgeschöpft. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen vermeiden es Blauhelme nach wie vor, Zivilisten durch Einsatz militärischer Gewalt vor Angriffen zu schützen, auch wenn die Mandatierung von neun der gegenwärtigen VN-Friedensoperationen ausdrücklich den Schutz der Bevölkerung fordert (Office of Internal Oversight Services 2014). Dieser Teil der Mandate bewirkte innerhalb der VN offenbar heftige Kontroversen zwischen den Ländern des globalen Südens, die die meisten Soldaten für solche Missionen stellen, und den Ländern des Nordens, die den Hauptteil der Kosten übernehmen. Wohlhabende Industriestaaten entsenden kaum Blauhelme. Der größte Teil der Soldaten

kommt aus Bangladesch, Indien und Pakistan. Hier gibt es offenbar das Gefühl, unterfinanziert und überstrapaziert zu sein sowie erhöhten Gefahren ausgesetzt zu werden, seit die Mandate oftmals auch den Schutz von Zivilisten umfassen. Peacekeeping ist sicher nicht ohne Risiko. Doch Krankheiten und Unfälle stellen für die entsandten Einheiten bei weitem die größte Gefahr dar, nicht feindliche Handlungen (Rogers/Kennedy 2014).

Friedensoperationen konnten in der Vergangenheit vielfach einen Beitrag zu Gewaltminderung und Gewaltverhinderung leisten. Dies könnte in Zukunft jedoch schwerer werden, wie gelegentlich unter Verweis auf veränderte Konfliktkonstellationen befürchtet wird. Entscheidende Faktoren sind hier die Internationalisierung von Bürgerkriegen, das heißt die Teilnahme externer Akteure; die Vermischung mit organisierter Kriminalität und die wachsende Beteiligung extremistischer islamistischer Gruppen (von Einsiedel 2014: 4–7). Insofern könnte die Kluft zwischen den Erwartungen an Friedensoperationen und ihren Erfolgsaussichten größer werden. Es ist daher auch eine Frage an die deutsche Politik, ob und in welchem Maße solche Missionen finanziell und operativ stärker unterstützt werden sollen. Der Blick auf die bisherige Bilanz legt jedenfalls den Schluss nahe: Wer Gewalt insbesondere gegen Zivilisten verhindern und mindern will, findet hier ein weites Feld zur Übernahme größerer Verantwortung.

Bibliographie

- Bormann, Nils-Christian**, *The Causes and Consequences of Ethnic Power-Sharing*, Swiss National Science Foundation: National Centre of Competence in Research, August 2014 (Working Paper Nr. 83)
- Bueno de Mesquita, Bruce/Downs, George W.**, »Intervention and Democracy«, in: *International Organization*, 60 (Sommer 2006), S. 627–649

- Doyle, Michael W./Sambanis, Nicholas,** *Making War and Building Peace: United Nations Peace Operations*, Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2006
- Einsiedel, Sebastian von,** *Major Recent Trends in Violent Conflict*, Tokio: United Nations University, Occasional Paper, November 2014
- Fortna, Virginia Page,** *Does Peacekeeping Work? Shaping Belligerents' Choices after Civil War*, Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2008
- Fortna, Virginia Page/Howard, Lise Morjé,** »Pitfalls and Prospects in the Peacekeeping Literature«, in: *Annual Review of Political Science*, 11 (2008), S. 283–301
- Gilligan, Michael J./Sergenti, Ernest J.,** »Evaluating UN Peacekeeping with Matching to Improve Causal Inference«, in: *Quarterly Journal of Political Science*, 3 (2008) 2, S. 89–122
- Greig, J. Michael/Diehl, Paul F.,** »Peacekeeping: A Barrier to Durable Peace?«, in: *Yale Journal of International Affairs*, März 2012, S. 46–53
- Greig, J. Michael/Diehl, Paul F.,** »The Peacekeeping-Peacemaking Dilemma«, in: *International Studies Quarterly*, 49 (2005), S. 621–645
- Hartzell, Caroline A.,** »Peacebuilding after Civil War«, in: Edward Newman/Karl DeRouen, Jr. (Hg.), *Routledge Handbook of Civil Wars*, London/New York 2014, S. 376–386
- Hultman, Lisa,** »Keeping Peace or Spurring Violence? Unintended Effects of Peace Operations on Violence against Civilians«, in: *Civil Wars*, 12 (März–Juni 2010) 1/2, S. 29–46
- Hultman, Lisa,** »UN Peace Operations and Protection of Civilians: Cheap Talk or Norm Implementation?«, in: *Journal of Peace Research*, 50 (2013) 1, S. 59–73
- Hultman, Lisa/Kathman, Jacob/Shannon, Megan,** »Beyond Keeping Peace: United Nations Effectiveness in the Midst of Fighting«, in: *American Political Science Review*, 108 (November 2014) 4, S. 737–753
- Hultman, Lisa/Kathman, Jacob/Shannon, Megan,** »United Nations Peacekeeping and Civilian Protection in Civil War«, in: *American Journal of Political Science*, 57 (Oktober 2013) 4, S. 875–891
- Hultman, Lisa/Kathman, Jacob/Shannon, Megan,** »United Nations Peacekeeping Dynamics and the Duration of Post-civil Conflict Peace«, in: *Conflict Management and Peace Science*, Online First Version 25.3.2015, S. 1–19
- Hultman, Lisa/Kathman, Jacob/Shannon, Megan,** *Peacekeeping and Civilian Protection in Civil Conflicts: A Response to Kocher's Re-analysis*, o.O., o.J.
- Joshi, Madhav,** »United Nations Peacekeeping, Democratic Process, and the Durability of Peace after Civil Wars«, in: *International Studies Perspectives*, 14 (2013), S. 362–382
- Kathman, Jacob D./Wood, Reed M.,** »Stopping the Killing During the »Peace«: Peacekeeping and the Severity of Post-conflict Civilian Victimization«, in: *Foreign Policy Analysis*, FirstView, online, 16.4.2014, S. 1–21
- Kocher, Matthew Adam,** *The Effect of Peacekeeping Operations on Violence against Civilians in Africa: A Critical Re-analysis*, unveröffentl. Papier, 11.11.2014
- Martin, Philip,** »Coming Together: Power-Sharing and the Durability of Negotiated Peace Settlements«, in: *Civil Wars*, 15 (2013) 3, S. 332–358
- Mason, T. David et al.,** »When Civil Wars Recur: Conditions for Durable Peace after Civil Wars«, in: *International Studies Perspectives*, 12 (2011), S. 171–189
- Melander, Erik,** »Selected to Go Where Murderers Lurk? The Preventive Effect of Peacekeeping on Mass Killings of Civilians«, in: *Conflict Management and Peace Science*, 26 (2009) 4, S. 389–406
- Office of Internal Oversight Services,** *Evaluation of the implementation and results of protection of civilians mandates in United Nations peacekeeping operations*, United Nations General Assembly, 7.3.2014, A/68/787

Report of the High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations, *Uniting our Strengths for Peace – Politics, Partnership and People*, 16.6.2015

Rogers, James I./Kennedy, Caroline, »Dying for Peace? Fatality Trends for United Nations Peacekeeping Personnel«, in: *International Peacekeeping*, 21 (2014) 5, S. 658–672

Seybolt, Taylor B., »UN Peace Operations and the Protection of Civilians«, Paper delivered at the American Political Science Association Annual Meeting, Chicago, 29.8.2013

Steinert, Janina Isabel/Grimm, Sonja, »Too Good to be True? United Nations Peacebuilding and the Democratization of War-torn States«, in: *Conflict Management and Peace Science*, 19.12.2014 (online), S. 1–23

Tardy, Thierry, »A Critique of Robust Peacekeeping in Contemporary Peace Operations«, in: *International Peacekeeping*, 18 (April 2011) 2, S. 152–167

Tierney, Michael, »Which Comes First? Unpacking the Relationship between Peace Agreements and Peacekeeping Missions«, in: *Conflict Management and Peace Science*, (2014), S. 1–18 (Online First Version 3.4.2014)

Zürcher, Christoph et al., *Costly Democracy: Peacebuilding and Democratization after War*, Stanford: Stanford University Press, 2013

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364